

Die Lasten der Krise gerechter verteilen

Jochen Wiemken – Quelle: www.spd.de -08. Juni 2011

Noch immer leidet die Welt an den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Mit einer gemeinsamen parlamentarischen Initiative für eine Finanztransaktionssteuer wollen die Sozialdemokraten in Deutschland und Frankreich morgen den Druck erhöhen. Der Finanzsektor soll zur Finanzierung des Gemeinwesens und zur Begleichung der Kosten beitragen, die er mit verursacht hat.

Zurzeit leistet der Finanzsektor keinen seiner Bedeutung entsprechenden Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens. Die SPD macht sich darum für eine Finanztransaktionssteuer stark – morgen auch im Bundestag. „Gerade die Finanzmarktakteure haben in der Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch von umfangreichen Rettungsmaßnahmen des Staates profitiert. Es ist somit ein Gebot der Gerechtigkeit, den Finanzsektor auch durch die Erhebung einer Finanztransaktionssteuer höher zu besteuern. Eine Finanztransaktionssteuer würde den Finanzmarkt stabilisieren und insbesondere kurzfristige und spekulative Transaktionen eindämmen“, heißt es in dem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion.

Bundesregierung unterlässt bisher jegliche Initiative

Bereits im Mai 2010 hatte das SPD-Präsidium beschlossen, gemeinsam mit der österreichischen Schwesterpartei SPÖ eine Europäische Bürgerinitiative "für ein demokratisches und soziales Europa" zu starten, sollten auf europäischer Ebene die Regulierung und die Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten nicht zügig vorankommen.

Anfang März 2011 hatte das Europäische Parlament fraktionsübergreifend mit großer Mehrheit für eine solche Steuer gestimmt. Im Januar 2010 kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel an, sich gemeinsam mit der französischen Regierung für eine internationale Finanztransaktionssteuer einzusetzen. „Eine solche weltweit eingeführte Steuer kann überbordende Spekulationen dämpfen und einen Beitrag leisten, die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung in fairer Weise zu tragen“, so Merkel damals. Doch seither ist auf Seiten der Bundesregierung nichts geschehen – weder auf internationaler noch auf europäischer Ebene.

Offenbarungseid für Finanzminister Schäuble

Stattdessen musste Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bei der Vorstellung der jüngsten Steuerschätzung einräumen, dass im Haushalt 2012 keine Einnahmen einer möglichen Finanztransaktionssteuer veranschlagt werden können. Denn ein politischer Konsens dafür sei derzeit in Europa nicht absehbar.

SPD und französische Schwesterpartei nehmen Regierungen in die Pflicht

Da weder die deutsche noch die französische Regierung ihre öffentlich gegebenen Versprechungen einhalten, sie ihrer Verpflichtung zur Regulierung der Finanzmärkte nicht nachkommen und bis jetzt keine Gesetzesinitiative vorgelegt haben, fordert die SPD in einer gemeinsamen Initiative mit der Fraktion der französischen Sozialisten in der Assemblée Nationale die deutsche und französische Regierung dazu auf, noch in diesem Jahr eine Finanztransaktionssteuer in Kraft zu setzen. Das Ziel: Auch Transaktionen auf den Finanzmärkten sollen einer Umsatzsteuer unterliegen.

Wer zahlt die Finanztransaktionssteuer?

Zielgruppe sind also Banken, Hedgefonds, Devisenspekulanten oder Wertpapierhändler, die vornehmlich am kurzfristigen Profit interessiert sind. Anleger, die ihre Finanzgeschäfte vorausschauend und langfristig planen und nachhaltig investieren, würden von der neuen Steuer hingegen kaum belastet. Klein- und Riestersparer würden nicht belastet.

Konkret sollen alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen, Derivaten und alle Devisentransaktionen mit einem Steuersatz von 0,05 Prozent besteuert werden. Das Aufkommen aus der Steuer soll in die jeweiligen nationalen Haushalte fließen.

Das Wiener Wifo-Institut hat berechnet, dass allein Deutschland bei einem Steuersatz von 0,05 Prozent zwischen 10 und 20 Milliarden Euro jährlich einnehmen könnte. Mögliche Abwanderungstendenzen hat es bereits berücksichtigt. Damit könnte in Bildung, Forschung und Entwicklung finanziert werden.

Überbordende Spekulationen dämpfen

„Für die Finanztransaktionssteuer spricht aber nicht nur ihr fiskalischer Effekt, sondern in gleichem Maße auch ihre Lenkungswirkung“, heißt es in dem Antrag der SPD. Unerwünschte Aktivitäten würden deutlich zurückgedrängt,

Spekulationen beschränkt und somit die Größe des „aufgeblähten Finanzsektors“ insgesamt verringert.

Breites gesellschaftliches Bündnis für Steuer

„Wir werden bei unserer Initiative von der Sozialdemokratischen Partei Europas, den französischen Sozialisten und deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament sowie von vielen fortschrittlichen Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen unterstützt, die gemeinsam für eine derartige Steuer kämpfen“, erklärten die Fraktionsvorsitzenden der SRC und der SPD, Jean Marc Ayrault und Frank-Walter Steinmeier.